

Missbrauch bei Bauaufträgen: Korruption bedroht unsere Gemeinden!

Der Artikel behandelt aktuelle Mängel und rechtliche Herausforderungen im österreichischen Vergabewesen, insbesondere bei öffentlichen Aufträgen und Kartellverstößen. Experten fordern dringend Transparenz und regelmäßige Preisüberprüfungen, um den Wettbewerb zu sichern und Missstände zu vermeiden.



Petzenkirchen, Österreich - Die Vergabep Praxis in Österreich, insbesondere im Bereich öffentlicher Aufträge, steht unter strengster Beobachtung, wie die neuesten Berichte des Landesrechnungshofs zeigen. Ein auffälliger Fall betrifft die Volksschule in Petzenkirchen, wo die Hochbauplanung direkt an einen Unternehmer vergeben wurde, ohne vorherige Vergleichsangebote einzuholen. Dies schafft einen erheblichen Raum für Manipulationen, warnte Edith Goldeband, Direktorin des Landesrechnungshofs, und betonte die Bedeutung einer transparenten Preisgestaltung, um wettbewerbswidrigem

Verhalten entgegenzuwirken. Auch beim Bau eines Verwaltungsgebäudes für das Institute of Science and Technology (ISTA) in Klosterneuburg wurden gravierende Mängel festgestellt. Preisverhandlungen fanden nach Abschluss der Angebotsfrist statt, was gegen das Vergaberecht verstößt, und die geforderten Dokumente waren unzureichend, wie [orf.at](#) berichtete.

Herausforderungen im Vergaberecht

Das Vergaberecht, das am 18. April 2019 mit dem neuen Bundesvergabegesetz in Kraft trat, bleibt eine komplexe Materie, die sowohl öffentliche als auch einige private Auftraggeber betrifft. Der Umgang mit Vergabeverfahren und die Notwendigkeit, gesetzliche Bestimmungen einzuhalten, sind von großer Relevanz. Ein Missachten könnte gar zu Schadenersatzansprüchen führen. Auftraggeber, wie Kommunen und deren Einrichtungen, müssen genau prüfen, wann welches Vergabeverfahren anzuwenden ist. Ein klarer Leitfaden, bereitgestellt in einem umfassenden Fachartikel, gibt Aufschluss darüber, welche Verfahren zur Anwendung kommen sollten, um den gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden, wie [ra-flatz.at](#) erläutert.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist die Zusammenarbeit zwischen den Landesrechnungshöfen und der Bundeswettbewerbsbehörde, um die Behörden hinsichtlich möglicher Kartellverstöße zu sensibilisieren. Dies ist besonders relevant, da zahlreiche Fälle von Preisabsprachen und gekauften Aufträgen in der Vergangenheit aufgedeckt wurden. Dabei kann die Nichtbeachtung von Vergaberechtsbestimmungen nicht nur finanzielle Nachteile für den öffentlichen Sektor bedeuten, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Integrität des Systems stark beeinträchtigen. Die Zahlen sind alarmierend: Fast 200 Millionen Euro wurden in den letzten Jahren als Strafen gegenüber Unternehmen verhängt, die in illegale Absprachen verwickelt waren. Eine Nulltoleranz-Politik sei somit dringend erforderlich, um die öffentliche Auftragsvergabe zu schützen

und die Kosten zu senken, wie der Landesrechnungshof betont.

Details	
Vorfall	Korruption
Ursache	Kartellverstöße, Preisabsprachen
Ort	Petzenkirchen, Österreich
Schaden in €	200000000
Quellen	• noe.orf.at • www.ra-flatz.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at